



Spitzenverband

Rundschreiben

DVKA

Deutsche
Verbindungsstelle
Krankenversicherung –
Ausland

Laufende Nummer RS 2009/78

Thema: **EWK**
Versicherungsschutz im Ausland und Bezug von Arbeitslosengeld II

Anlass: Geänderte Rahmenbedingungen

Für Fachbereich/e: Über- und zwischenstaatliches Recht

Erscheinungsdatum: 12.02.2009

Anlage/n: –

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an

Abteilung/Stabsbereich: DVKA

Ansprechpartner/in: Team Ausnahmevereinbarung

Telefon: +49 228 9530-445

E-Mail: post@dvka.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit DVKA-Rdschr. Nr. 13, 14 und 15/2005 wurde über die Konsequenzen informiert, die sich aus dem Zusammentreffen des Krankenversicherungsschutzes aufgrund von Arbeitslosengeld (Alg) I und II mit Ansprüchen aus ausländischen Krankenversicherungen ergeben. Danach kam es in bestimmten Fällen zu Doppelversicherungen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), das auch im Jahr 2005 maßgeblich beteiligt war, hat die Überprüfung der bisherigen Positionen ange-regt. Hintergrund dabei war u. a. die Situation in der Rentenversicherung. Dort besteht wie in der Krankenversicherung Versicherungspflicht bei Bezug von Alg II. Dies gilt allerdings nur dann, wenn der Bezieher nicht versicherungspflichtig beschäftigt oder versicherungspflichtig selbständig tätig ist (§ 3 Satz 1 Nr. 3a Buchst. e SGB VI). Eine entsprechende Vereinheitlichung wird für erforderlich und begründet gehalten.



Die Überprüfung der bisherigen Position hat zu folgendem Ergebnis geführt: Zwar gibt es im SGB V keine Bestimmung, die der Regelung des § 3 Satz 1 Nr. 3a Buchst. e SGB VI im Bereich der Rentenversicherung entspricht. Sofern die Beschäftigung oder selbstständige Tätigkeit in einem anderen EWR-Staat oder der Schweiz ausgeübt wird, kommt es aufgrund der versicherungsrechtlichen Zuordnung, die sich aus der VO (EWG) Nr. 1408/71 ergibt, allerdings zum selben Ergebnis.

Die neuen Positionen betreffen ausschließlich das Alg II. Da es danach künftig keine Doppelversicherungen mehr gibt, kommen wieder Betreuungen aufgrund der in einem anderen EWR-Staat bzw. der Schweiz bestehenden Krankenversicherungen in Betracht.

Arbeitslosengeld II und Beschäftigung in einem anderen EWR-Staat bzw. der Schweiz

Auf Personen, die in einem anderen EWR-Staat bzw. der Schweiz eine Beschäftigung ausüben (unabhängig davon, ob Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung), sind ausschließlich die Rechtsvorschriften dieses Staates anzuwenden. Dies gilt auch, wenn diese Personen in Deutschland wohnen und hier Alg II beziehen. Der Bezug von Alg II ist im Übrigen nur möglich, weil es sowohl Aspekte der sozialen Sicherheit als auch der Sozialhilfe umfasst. Für diese sog. besonderen beitragsunabhängigen Geldleistungen gilt die sonst nach der VO (EWG) Nr. 1408/71 übliche Exportpflicht nicht. Sie sind immer nach den Rechtsvorschriften des Wohnstaats zu erbringen.



Beispiel 1 (abweichend von Beispiel 3 des Rundschreibens 13/2005):

Frau Maria Schulze wohnt in Schleswig. Sie übt seit Jahren eine Vollzeitbeschäftigung in Dänemark aus. Aufgrund ihres verhältnismäßig geringen Einkommens erhält sie im Jahr 2009 Alg II nach § 21 SGB II (Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt).

Lösung:

Es sind ausschließlich die dänischen Rechtsvorschriften anzuwenden. Daher kann aus dem Bezug von Alg II keine Versicherungspflicht nach dem SGB V resultieren.

Für die Inanspruchnahme von Leistungen bei Krankheit ist vom dänischen Träger (Amtskommune) der Vordruck E 106 anzufordern.

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, dass der Begriff „familienversichert“ i. S. d. § 5 Absatz 1 Nr. 2a SGB V dahingehend auszulegen ist, dass auch Ansprüche im Rahmen der sog. Leistungsaushilfe darunter gefasst werden.

Beispiel 2:

Herr Max Wogl wohnt in Passau. Aufgrund einer Beschäftigung, die er in Österreich aufnimmt, hat er keinen Anspruch auf Alg II mehr. Da das Einkommen jedoch nicht für seine vierköpfige Familie ausreicht, macht seine Frau Ansprüche auf Alg II geltend.

Lösung:

Auf Herrn Wogl sind ausschließlich die österreichischen Rechtsvorschriften anzuwenden. In den Vordruck E 106, den er von der österreichischen Gebietskrankenkasse erhält, sind auch seine Familienangehörigen einzutragen (wenn sie die Voraussetzungen des § 10 SGB V erfüllen). Die der Familienversicherung gleichzusetzende Leistungsaushilfe für die anspruchsberechtigten Familienangehörigen schließt die Versicherungspflicht aufgrund des Bezugs von Alg II aus.



Arbeitslosengeld II und Rente aus einem anderen EWR-Staat oder der Schweiz

Die oben erwähnten Grundsätze gelten nicht nur bei Arbeitnehmern, sondern beispielsweise auch bei Rentnern (wenn für sie – ausnahmsweise – ein Anspruch auf Alg II in Betracht kommt).

Beispiel 3 (abweichend von Beispiel 2 des Rundschreibens Nr. 14/2005):

Herr Markus Brunner bezieht eine österreichische Rente wegen „Berufsunfähigkeit“ und wurde bislang auf der Basis eines Vordrucks E 121 von einer deutschen Krankenkasse betreut. Nun wird ihm Alg II bewilligt.

Lösung:

Der Bezug von Alg II hat auf die Einschreibung auf der Basis des Vordrucks E 121 keinen Einfluss. Versicherungspflicht nach § 5 Absatz 1 Nr. 2a SGB V besteht nicht.

Umsetzung und Grenzen der Anwendbarkeit

Wenn Ihnen laufende Sachverhalte der oben beschriebenen Art bekannt sind, sollten diese nach Möglichkeit mit Wirkung ab 01. Januar 2009 umgestellt werden.

Die Anwendung der Rechtsvorschriften eines anderen Staates aufgrund der oben beschriebenen Grundsätze darf u. E. nicht zu einem Verlust bereits bestehender Ansprüche führen. Dies kann nur Geldleistungen (im Sinne des EG-Rechts) betreffen, da die Sachleistungen auch bei der Betreuung zulasten eines ausländischen Trägers weiterhin nach deutschen Rechtsvorschriften erbracht werden. Für den Personenkreis der Alg II-Bezieher dürfte dies nahezu ausschließlich das Pflegegeld (für Familienangehörige) sein. Außerdem darf es nicht zu Lücken beim Versicherungsschutz kommen, weil beispielsweise der ausländische zuständige Träger den Anspruchsnachweis nicht unverzüglich übersendet.

Mit freundlichen Grüßen
GKV-Spitzenverband